

Umweltausschuss

Protokoll Nr. UA/07/2016

**über die öffentlich Sitzung des Umweltausschusses am 11.05.2016,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, R. 4**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 22:32 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Marleen Möller

Stadtverordnete

Herr Bela Randschau
Frau Claudia Rathje
Frau Karen Schmick
Herr Michael Stukenberg
Herr Heino Wriggers

i. V. f. BM Burmeister
ab 19:35 Uhr

i. V. f. BM von Rauchhaupt

Bürgerliche Mitglieder

Frau Susanna Hansen
Frau Cordelia Koenig
Herr Toufic Schilling

i. V. f. StV Schmidt

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Gerhard Bartel
Herr Walter Schneider
Herr Alexej Sinner

Behindertenbeirat
Seniorenbeirat
Kinder- und Jugendbeirat

Sonstige, Gäste

Herr Wolfgang Aue

Kleingartenverein

Verwaltung

Herr Jan Richter
Herr Heinz Baade
Frau Sieglinde Thies
Frau Andrea Wohllebe

Stadtbetriebe - Bauhof
Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Christian Schmidt

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dirk Burmeister

Frau Sibylle von Rauchhaupt

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 03/2016 vom 09.03.2016
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 04/2016 vom 16.03.2016
7. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05/2016 vom 13.04.2016
8. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 8.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 8.1.1. Neue Funkantenne in der Hermann-Löns-Str. 42
 - 8.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
- K e i n e -
9. Antrag von Bündnis 90/Die Grünen an den Umweltausschuss
- Beendigung des Glyphosat-Einsatzes auf städtischen Grünflächen und Grundstücken - **AN/033/2015**
10. Informationen zur Strategie 'Leise Schiene' des BMVI
11. Vollautomatische Toilettenanlage vor dem Rathaus **2016/041**
 - 11.1. Antrag des Seniorenbeirates f. d. Umweltausschuss - Behindertengerechte Toilettenanlage **AN/041/2016**
12. Termine des Umweltausschusses für Ortsbesichtigungen
13. Sachstand zum Gestattungsvertrages mit der Hansewerk Natur GmbH für die Nahwärmeversorgungsgebiete Gartenholz und Bogenstraße sowie Ahrensburger Redder **2016/043**
14. Verschiedenes
 - 14.1. Fanta Spielplatzinitiative

- 14.2. Antrag der CDU-Fraktion - Erweiterung der Gebührensatzung zur Sondernutzungssatzung für Straßen im Stadtgebiet Ahrensburg (AN/034/2016)
- Wertstoffsammlungen -
- 14.3. Grabelandparzellen
- 14.4. Grünfläche Ahrensfelder Weg/Ecke Starweg
- 14.5. Aktion ‚Strom abwärts‘ der Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein (EKSH)
- 14.6. Aktion Stadtradeln

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Umweltausschusses ist gegeben.

3. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen oder Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern vorgebracht.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Der Umweltausschuss stimmt der Tagesordnung zu.

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 03/2016 vom 09.03.2016

Ein Ausschussmitglied weist darauf hin, dass die Antworten der Verwaltung zur Baumschutzsatzung (TOP 8) noch ausstehen.

Anmerkung der Verwaltung:

*Die Antworten zur Anfrage der CDU-Fraktion werden als **Anlage** zum Protokoll gestellt.*

Des Weiteren wird um eine einheitliche Schreibweise bei den Abstimmungen gebeten.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Verwaltung teilt mit, dass vom Ältestenrat eine Empfehlung zur namentlichen Nennung bei der Abstimmung ausgesprochen wurde. Diese Empfehlung ist aber nicht bindend. Der Entwurf zur Änderung der Geschäftsordnung wird in der Stadtverordnetenversammlung vorgestellt und anschließend das Ergebnis dem Umweltausschuss mitgeteilt werden.

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 04/2016 vom 16.03.2016

Das Protokoll hat nicht rechtzeitig vorgelegen und wird in der nächsten Sitzung behandelt werden.

7. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05/2016 vom 13.04.2016

In der Niederschrift wurde Frau Koenig als i. V. f. StV Koenig benannt. Es wird um Berichtigung gebeten.

Des Weiteren wird um Streichung einer Textpassage in TOP 7 gebeten.

In Bezug auf den Glyphosat-Einsatz des Bauhofs wird um Mitteilung gebeten, wie hoch sich die tatsächlichen Kosten für eine manuelle Hilfe belaufen. Im Protokoll wurden unterschiedliche Angaben gemacht.

Anmerkung der Verwaltung:

Nach Rücksprache mit dem Bauhof ist es schwierig, für den daraus resultierenden Mehraufwand eine konkrete Summe zu nennen.

Zu **TOP 5.2.2** wird darum gebeten, in Zukunft nur noch Tiefwurzler für die Neuanpflanzungen zu nutzen.

Die Verwaltung wird in naher Zukunft den Ausschuss über die Neuanpflanzungen unterrichten.

Zu TOP 8 wird um Streichung einer Textpassage gebeten.

Des Weiteren wird darauf verwiesen, dass für Wertstoffsammlungen die LLUR zuständig ist, die Sondernutzung aber von der Stadt Ahrensburg ausgesprochen wird.

Das Urteil, das zum gleichen Tagesordnungspunkt im Protokoll zitiert wurde, wurde in der Sitzung nicht erwähnt. Der Unterausschuss bittet darum, dies das nächste Mal unter „Anmerkungen der Verwaltung“ zu erwähnen.

8. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

8.1. Berichte gem. § 45 c GO

8.1.1. Neue Funkantenne in der Hermann-Löns-Str. 42

Die Verwaltung gibt dem Unterausschuss zur Kenntnis, dass eine neue Funkantenne in der Hermann-Löns-Str. 42 errichtet wird.

8.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

— Keine —

**9. Antrag von Bündnis 90/Die Grünen an den Umweltausschuss
- Beendigung des Glyphosat-Einsatzes auf städtischen Grünflächen und
Grundstücken -**

Frau Thies vom Bauhof berichtet den Ausschussmitgliedern, dass der Herbizid-Einsatz des Bauhofes zurzeit bei 50 % liegt. Unkräuter wie der Bärenklau oder der japanische Staudenknöterich können nur erfolgreich mit einem Pflanzenschutzmittel bekämpft werden. Zur Bekämpfung der Unkräuter werden sie abgemäht und punktuell besprüht. Frau Thies teilt mit, dass der Staudenknöterich 2 m tief wurzelt und z. B. nicht einfach abgestochen werden kann. Bei diesem Unkraut ist eine ganzjährige Behandlung notwendig.

Eine Anwendung von Glyphosat findet auf Kulturflächen und gegebenenfalls an den Rändern von Kulturflächen statt. Eine Besprühung auf wasser gebundenen Wegen oder Pflasterflächen ist nicht gestattet. Frau Thies sichert einen verantwortungsvollen Umgang mit Pflanzenschutzmitteln zu.

Verschiedene Ausschussmitglieder geben zu bedenken, dass die Stadt hier als Vorbildfunktion tätig ist. Es wird nachgefragt, ob bereits Herbizide ohne den Zusatzstoff Glyphosat zum Einsatz gekommen sind. Frau Thies erklärt, dass der Bauhof nur punktuell das Herbizid einsetzt und darum bemüht ist, die Vernichtung von Unkräutern auf andere Weise zu versuchen. Eine genaue Mengenangabe zur Bekämpfung des Riesenknöterichs konnte Frau Thies nicht nennen. Sie geht von einem Einsatz im ganzen Stadtgebiet von ca. 30 l im Jahr aus. Zurzeit sind 94 Produkte mit dem Inhaltsstoff Glyphosat zugelassen. Nicht nur allein das Glyphosat sei problematisch, sondern auch die Zusatzstoffe. Zum Einkauf von Herbiziden mit dem Inhaltsstoff Glyphosat ist ein Sachkundenausweis nötig. Entsprechende Weiterbildungen zur Bekämpfung von Kräutern und Unkräutern werden in regelmäßigen Abständen von den Mitarbeitern des Bauhofes durchgeführt.

Die Vorsitzende erläutert, dass hier vielmehr ein moralisches Problem vorliegen würde. Der Umweltgedanke muss im Vordergrund stehen und die Stadt Ahrensburg sollte ein Zeichen setzen und als Vorbildfunktion dienen.

Ein Ausschussmitglied gibt zu bedenken, dass bei einem Verbot zum Einsatz des Herbizides eine zusätzliche Kraft beim Bauhof eingestellt werden müsste. Die Stadt muss als Vorbildfunktion fungieren, aber sich auch um eine vernünftige Vorgehensweise bemühen. Die finanzielle Lage der Stadt darf nicht außer Acht gelassen werden. In der Nachbarstadt Hamburg wurde der Einsatz von Glyphosat bereits vor drei bis vier Monaten verboten. Ein Ausschussmitglied regt an, bei der Stadt Hamburg Informationen einzuholen, wie dort Unkräuter bekämpft werden.

Die Ausschussmitglieder sind sich nach einer kurzen Diskussion darüber einig, dass der Bauhof zunächst eine Testphase einleiten soll, um eine Bekämpfung der Kräuter und Unkräuter ohne Herbizide mit Glyphosat zu testen. Frau Thies wird dann im nächsten Jahr den Umweltausschuss über die Erfahrungen und Ergebnisse informieren.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zieht sodann ihren Antrag vorläufig zurück und möchten die angesprochene Testphase abwarten. Der Bauhof versichert, von einem Neukauf von Glyphosat abzusehen.

10. Informationen zur Strategie 'Leise Schiene' des BMVI

Die Verwaltung informiert die Ausschussmitglieder über das Projekt „Leise Schiene“. Bundesminister Alexander Dobrindt hat auf einem Aktionsforum im BMVI seine Strategie „Leise Schiene“ vorgestellt. Ebenfalls diskutiert werden Beiträge der Deutschen Bahn AG, privater Güterwagenhalter und Bahnindustrie.

Das Ziel dabei lautet: Mehr Mobilität, weniger Lärm. Die Strategie „Leise Schiene“ investiert rund 1 Mrd. € und halbiert damit den Schienenlärm bis zum Jahr 2020. Es wird die Förderung von Innovationen an Schienen und Zügen gefördert und Strecken ertüchtigt. Zusätzlich werden die Vorschriften verschärft – mit einem Gesetz zum Verbot von lauten Güterwagen ab 2020. Damit wird die Akzeptanz für Züge und Schienenwege erhöht und Wachstum und Wohlstand gesichert.

Eine Reduzierung der Schienenverkehrsgeräusche kann durch Maßnahmen an Fahrzeugen und am Fahrweg erreicht werden. Maßnahmen an Fahrzeugen sind zwar möglich, die Stadt Ahrensburg hat aber hier keinen Einfluss darauf. Als Lärmreduzierung wird auf Lärmschutzwände zurückgegriffen. Die Lärmschutzwände werden ca. 75 cm niedriger sein und von den Gleisen ca. 1 m entfernt stehen. Die an den Gleisen aufgestellten Wände absorbieren Schall und behindern die Schallausbreitung. Die Stadt Ahrensburg ist zwar in der Aktion involviert, aber letztendlich wird der Bund die Entscheidung treffen. Die Stadt wird keinen Einfluss auf die Maßnahmen haben.

Es wird ein Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden, das dann der Stadt Ahrensburg vorgestellt werden wird.

11. Vollautomatische Toilettenanlage vor dem Rathaus

AN/041/2016

11.1 Antrag des Seniorenbeirates f. d. Umweltausschuss - Behindertengerechte Toilettenanlage

Einige Ausschussmitglieder kritisieren das fehlerhafte Vorschlagen von Alternativen seitens der Verwaltung. Es wird bemängelt, dass nicht genügend Lösungsvorschläge vorgetragen wurden und die genannte Alternative in der Vorlage zur Standortänderung nicht ausreicht.

Des Weiteren wird vorgetragen, dass die in der Vorlage genannten eventuell attraktiveren Konditionen seitens der Firma JCDecaux zur heutigen Umweltausschusssitzung nicht vorgelegt wurden.

Der Seniorenbeirat erhält das Wort und bittet den Umweltausschuss, über eine ein- bis zweijährige Vertragsverlängerung abzustimmen. In dieser Zeit kann möglicherweise eine alternative Lösung gefunden werden, wie z. B. der Umbau der Toilette am Bahnhof oder ein Neubau.

Anschließend erhält der Behindertenbeirat das Wort und macht darauf aufmerksam, dass viele Menschen mit einer Behinderung auf die öffentliche und barrierefreie Toilette im Peter-Rantzau-Haus zurückgreifen. Der Behindertenbeirat bemängelt die nicht vorhandene Barrierefreiheit von Toiletten in der Gastronomie der Stadt Ahrensburg. Es wird deutlich gemacht, dass im Zuge einer Neueröffnung einer Lokalität auch auf die Barrierefreiheit von Toiletten zwingend hingewiesen werden muss. Der Standort der vollautomatischen Toilettenanlage wird als falsch betrachtet.

Ein Ausschussmitglied macht den Vorschlag, dass ein Teil der bereits im Haushalt 2016 freigegebenen Mittel in Höhe von 10.000 € als Beitrag zu einem Umbau der Örtlichkeit im Bahnhof genutzt werden könnte.

Allgemein wurden von den Ausschussmitgliedern die Mietkosten und die Kosten für das Abwasser bemängelt. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis sei nicht ausgeglichen und nachvollziehbar.

Ein Ausschussmitglied äußert gegenüber der Verwaltung, dass es den Anschein hätte, dass die Vorlage dem Ausschuss vorgelegt wurde und dieser nun darüber abzustimmen hätte.

Sodann wird über den Antrag (AN/041/2016) des Seniorenbeirats wie folgt abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dagegen

Im Anschluss stimmt der Ausschuss über die Vorlage Nr. 2016/041 wie folgt ab.

Abstimmungsergebnis:

**8 dafür
1 dagegen**

12. Termine des Umweltausschusses für Ortsbesichtigungen

In der Sitzung im April 2016 hatte der Ausschuss Interesse gezeigt, außer der bereits terminlich festgelegten Friedhofsbesichtigung weitere Ortsbesichtigungen zu unternehmen. Gewünscht wurden Besichtigungen von öffentlichen Kinderspielplätzen, der Moorwanderwegbrücke und des Kleingartenvereins.

Die Verwaltung schlägt folgende Termine vor:

- Mittwoch, 08.06.2016, 18:00 Uhr bis 19:15 Uhr

Besichtigung des Friedhofes und anschließende Umweltausschusssitzung in der Begegnungsstätte des Friedhofes.
- Samstag, 02.07.2016, 11:00 Uhr bis 14:00 Uhr

Besichtigung von öffentlichen Kinderspielplätzen, die der Ausschuss mit dem Fahrrad unternehmen könnte.
- Mittwoch, 13.07.2016, 18:00 Uhr bis 19:15 Uhr

Besichtigung des Kleingartengeländes Wulfsdorfer Weg und anschließende Umweltausschusssitzung im Vereinshaus Wulfsdorfer Weg.
- Mittwoch, 14.09.2016, 18:00 Uhr bis 19:15 Uhr

Besichtigung der Moorwanderwegbrücke und anschließende Umweltausschusssitzung im Peter-Rantzau-Haus.

Die Umweltausschussmitglieder nehmen von den Terminen Kenntnis und stimmen darüber ab, die Termine festzulegen. Bei dem Termin am Samstag, dem 02.07.2016, zur Besichtigung von öffentlichen Kinderspielplätzen könnte es dazu kommen, dass die CDU-Fraktion aufgrund einer Klausurtagung eventuell nicht teilnehmen kann. Die CDU-Fraktion wird aber über den weiteren Sachstand die Verwaltung in Kenntnis setzen.

13. Sachstand zum Gestattungsvertrages mit der Hansewerk Natur GmbH für die Nahwärmeversorgungsgebiete Gartenholz und Bogenstraße sowie Ahrensburger Redder

Die Verwaltung stellt die Vorlage Nr. 2016/043 den Ausschussmitgliedern vor.

Verschiedene Ausschussmitglieder teilen der Verwaltung ihre Kritikpunkte über die genannte Vorlage mit. Es wird bemängelt, dass unter anderem nicht dargestellt wurde, was die Verwaltung mit den bewilligten 10.000 € bereits getätigt hat. Das Projekt stehe im Stillstand und komme nicht voran. Bei der Freigabe der 10.000 € wurde der Ausschuss seitens der Verwaltung nicht darauf hingewiesen, dass der Haushalt 2016 noch nicht freigegeben wurde. Es werden Kommunikationsdefizite zwischen dem Ausschuss und der Verwaltung bemängelt.

Ein Teil der Ausschussmitglieder ist sich nicht sicher, ob die Verwaltung bis Juni rechtzeitig Informationen zusammenstellen und vorlegen kann.

Anschließend bitten die Ausschussmitglieder, die Sitzung für einige Minuten zu unterbrechen, um Beratung durchzuführen.

Die Sitzung wird von 21:40 Uhr bis 21:54 Uhr unterbrochen.

Nach der Unterbrechung treten die Ausschussmitglieder mit der Verwaltung in eine Diskussion ein. Es wird als unrealistisch angesehen, dass von der Verwaltung bis spätestens Juni ein Gutachten rechtzeitig vorgelegt werden kann. Die Frist für eine Vorstellung in den einzelnen Fraktionen sei dann zu spät. Es wird seitens der Ausschussmitglieder geäußert, dass die bereits erbrachten Leistungen des Büro bofest consult als positiv erachtet werden und die Fachkompetenz von Herrn Broekmans gegeben sei.

Einzelne Ausschussmitglieder vertreten die Meinung, dass vom Projekt Abstand genommen werden soll, damit das bereits genehmigte Geld wieder in den Haushalt zurückfließen kann.

Es wird festgestellt, dass eine Begehung des Nahwärmeversorgungsgebiet Gartenholz und Bogenstraße stattgefunden hat.

Anschließend wird das Für und Wider der Vorlage im Ausschuss diskutiert.

Die Verwaltung wird gebeten dem Ausschuss mitzuteilen, was bereits mit den bewilligten Mitteln in Höhe von 10.000 € getätigt wurde.

Die Verwaltung teilt auf Anfrage des Umweltausschusses mit, dass für die bewilligten 10.000 € weder eine Beauftragung noch Begleichungen von Zahlungen durchgeführt wurde.

Abstimmungsergebnis: 3 dafür
6 dagegen

Die bereits bewilligten 10.000 € sollen für die Bürgerbeteiligung der Nahwärmeversorgung am Ahrensburger Redder und anstehende Anwohnerggespräche verwandt werden. Die mit einem Sperrvermerk versehenen 25.000 € aus dem Produktsachkonto 53400.5431010 sollen dem Haushalt wieder zurückgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: 6 dafür
1 dagegen
2 Enthaltungen

Anmerkung der Verwaltung:

Die Verwaltung bedauert, dass nicht - wie versprochen - für die Sitzung am 11.05.2016 eine gutachterlich fundierte Beschlussvorlage vorgelegt werden konnte. Dies lag darin begründet, dass der Haushalt für das Jahr 2016 vom Innenministerium noch nicht genehmigt war und somit keine Beauftragung erfolgen konnte. Die Ablehnung der Entsperrung der Mittel in Höhe von 25.000 € und somit die Nicht-Kündigung der Nahwärmeverträge Gartenholz und Bogenstraße war die Folge. Die Verwaltung ist davon ausgegangen, dass sie vom Umweltausschuss einen Arbeitsauftrag zur wirtschaftlichen und technischen Bestandsaufnahme der beiden Nahwärmeinseln hatte. Dies zeigen diverse Diskussionen in den Sitzungen zu Beginn 2016.

Der Umweltausschuss hat am 11.05.2016 den Beschluss aus Zeitgründen abgelehnt; die Verwaltung war und ist jedoch der Auffassung, dass eine gutachterliche Bewertung einschließlich einer positiven Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung auch weiterhin möglich ist; notfalls mittels Einberufung einer Sondersitzung. Am 18.07.2016 könnte die Stadtverordnetenversammlung über den Punkt abstimmen, auch wenn vorher eine - wenn auch weniger detailreiche - gutachterliche Bewertung vorgelegt würde.

Eine erste überschlägige Einschätzung der technischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten zeigt, dass die Nahwärmeanlagen technisch in einem sehr guten Zustand sind und dass die Stadtwerke als optionaler künftiger Betreiber durch die gute Wirtschaftlichkeit der Nahwärmesysteme finanziell profitieren würden. Würde die Stadt in diesem Jahr nicht kündigen, hätte sie erst wieder im Jahr 2021 die Möglichkeit dazu.

Die Verwaltung plädiert deshalb nach wie vor für eine Kündigung der Verträge vor dem 11.08.2016, um - zwei Jahre später - im August 2018 die Anlagen zu übernehmen - dies auch für den Fall, dass vor Vertragskündigung kein gutachterliches Fundament vorhanden wäre. Zweifelsohne wäre es aber sicherer, wenn die Kündigung auf einer Expertenmeinung basieren würde - hierzu ist jedoch eine Entsperrung der Haushaltsmittel erforderlich. Für einen geringeren Betrag wäre eine gutachterliche „Grobeinschätzung“ möglich.

14. Verschiedenes

14.1. Fanta Spielplatzinitiative

Ein Ausschussmitglied hat im Vorfeld der heutigen Sitzung bereits die Verwaltung über die Fanta Spielplatzinitiative informiert. Es wurde darum gebeten, dass die Verwaltung sich ein Bild von der Spielplatzinitiative macht und dazu in der Sitzung Stellung nimmt.

Die Stellungnahme für die Fanta Spielplatzinitiative wird dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

Abschließend ist dazu zu sagen, dass die Verwaltung die Chance auf einen nennenswerten Förderbetrag für relativ gering hält.

14.2. Antrag der CDU-Fraktion - Erweiterung der Gebührensatzung zur Sondernutzungssatzung für Straßen im Stadtgebiet Ahrensburg (AN/034/2016) - Wertstoffsammlungen -

Die CDU-Fraktion verweist darauf, den Antrag AN/034/2016 zum Thema Wertstoffsammlungen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

14.3. Grabelandparzellen

Ein Ausschuss fragt nach dem Sachstand der Grabelandparzellen an.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Liegenschaftsabteilung der Stadt Ahrensburg bearbeitet zurzeit die Wartelisten für die Anmietung der Parzellen und ist dabei, die Parzellen an die Antragsteller zu verteilen.

14.4. Grünfläche Ahrensfelder Weg/Ecke Starweg

Ein Ausschussmitglied informiert die Verwaltung darüber, dass im Naturschutzgebiet am Ahrensfelder Weg/Ecke Starweg von Mountainbikern eine Präparierung des Bodens vorgenommen worden ist. Die Verwaltung wird gebeten, dies zu überprüfen.

14.5. Aktion ‚Strom abwärts‘ der Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein (EKSH)

Die Vorsitzende macht auf die Aktion „Strom abwärts“ der Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein GmbH aufmerksam. Die Teilnahmebedingungen der Aktion „Strom abwärts“ können im Internet unter www.stormabwaerts.de eingesehen werden. Eine Anmeldung zur Aktion ist bis zum 31.05.2016 möglich.

14.6. Aktion Stadtradeln

Ein Ausschussmitglied fragt an, ob zur Aktion Stadtradeln noch eine Pressemeldung erscheinen wird und wie der derzeitige Sachstand sei.

Anmerkung der Verwaltung:

Das diesjährige Stadtradeln findet in Ahrensburg vom 04.06.2016 bis 24.06.2016 statt. Leider kam es in diesem Jahr zu Verzögerungen mit der Anmeldung der Kommunen und dem Druck der Flyer. In diesem Jahr ist das Stadtradeln eine Gemeinschaftsaktion in Stormarn von sechs Kommunen; die Anmeldeformalitäten hat in diesem Jahr zentral die Kreisklimaschutzbeauftragte und den Druck der Flyer die Stadt Reinbek übernommen.

Der Flyer wird in Kürze in gedruckter Form vorliegen und dann stadtweit verteilt werden. Eine zweite Presseinformation der Stadt wird auch veröffentlicht.